



## KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 15. Mai 2018  
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

### **A 542 Anfrage Peyer Ludwig namens der CVP-Fraktion über die Abweichung der effektiven gegenüber den budgetierten Steuereinnahmen im Kanton Luzern / Finanzdepartement**

Die Anfrage A 542 wurde auf die Mai-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Ludwig Peyer hält an der Dringlichkeit fest.

Ludwig Peyer: Die CVP hält an der Dringlichkeit fest. Sowohl das zeitliche Kriterium als auch das hohe politische Gewicht sprechen für die dringliche Behandlung der Anfrage. Zwar könnten diese Fragen anlässlich der PFK-Sitzung vom 4. Juni 2018 diskutiert werden, in diesem Fall erhält aber die Öffentlichkeit keine Kenntnis davon. Die Antworten sind zudem für die Budgetierung massgebend. Unser Rat befindet sich bereits in der Oktober-Session über das Budget. Zudem sind auch die Gemeinden davon betroffen. Die CVP plädiert ebenfalls für die dringliche Behandlung der Anfrage A 552 von Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Die SVP-Fraktion stimmt der dringlichen Behandlung zu. In den nächsten Wochen werden wir uns mit dem Jahresbericht auseinandersetzen. Eine unserer Aufgaben ist es, das Ergebnis einzuordnen, zu würdigen und allenfalls in Bezug auf den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) zu steuern. Dazu benötigen wir die entsprechenden Informationen. Es ist legitim, diese Informationen von der Gesamtregierung im Hinblick auf die PFK-Sitzung vom 4. Juni 2018 einzufordern.

David Roth: Die SP-Fraktion stimmt der Dringlichkeit ebenfalls zu.

Urban Frye: Die Grüne Fraktion unterstützt die Dringlichkeit ebenfalls.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Die Regierung hält an ihrem Antrag fest und lehnt somit die Dringlichkeit ab. Im Vorfeld der Juni-Session wird anlässlich der Kommissionssitzungen das Jahresergebnis besprochen. Was die Steuereinnahmen angeht, sind vor allem die WAK und die PFK davon betroffen. Selbstverständlich liegen die Informationen den beiden Kommissionen vor und werden in der Juni-Session öffentlich gemacht. Das Argument, dass das Budget bereits anlässlich der Oktober-Session behandelt wird, darf nicht als Grund herangezogen werden. Wir haben entschieden, den Budgetprozess vorzuziehen, deshalb bitte ich Sie, mit den entsprechenden Konsequenzen zu leben.

Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 83 zu 29 Stimmen zu.

Ludwig Peyer ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Ludwig Peyer: Die CVP dankt der Regierung für die gute Übersicht über die Entwicklung der Steuereinnahmen und die Darlegung der Strategie bei der Budgetierung. Wir ästimmieren den Willen zur möglichst genauen Budgetierung und den dazu nötigen Mechanismen und Prognosen. Es ist wichtig, dass wir heute im Rat über die vorliegenden Antworten diskutieren, weil die Steuereinnahmen in unserem Kanton eine ganz zentrale Rolle spielen.

Es erstaunt etwas, dass wir in den letzten Jahren in vier von sieben Fällen etwas danebenlagen. Die sogenannten „Luzerner Besonderheiten“ sind aus den Antworten nicht 100-prozentig ersichtlich. Ein Danebenliegen wäre bei einem gut gefüllten Portemonnaie nicht so tragisch. Bei uns ist die Situation aber höchst prekär, denn stottern die Steuereinnahmen, liegt anderntags der gesamte Finanzhaushalt auf der Intensivstation. Überstürzte Sparrunden und ein Überdehnen der Schuldenbremse sind die Folgen davon, und unser sonst schon kleiner Handlungsspielraum wird noch kleiner. Könnte es sein, dass man, einer schieren Not gehorchend, die Steuern in den letzten Jahren etwas zu optimistisch budgetiert hat, damit die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht noch grösser wird? Auf alle Fälle tun wir gut daran, inskünftig die Steuereinnahmen etwas weniger optimistisch, also realistischer zu budgetieren und uns an die alt bewährten Grundsätze von vielen Gemeinden zu halten, welche eindeutig nach dem Vorsichtsprinzip handeln. Wir bezweifeln denn auch, ob es ausreicht, das Steuerwachstum im AFP von 3,5 auf 3,25 Prozent zu senken. Wir fühlen uns von den Antworten in unserer Haltung des sogenannten dritten Weges bestärkt, also finanzpolitisch bei den Ausgaben und bei den Einnahmen anzusetzen. Wenn wir die Steuereinnahmen realistischer budgetieren, steigt der finanzielle Handlungsbedarf. Wir können nicht einfach alles wegsparen, sondern müssen auch bei den Einnahmen ansetzen.

David Roth: Im Jahr 2012 haben die Planzahlen 120 Millionen Franken Steuereinnahmen vorgesehen, schlussendlich sind es 94 Millionen Franken geworden. Im Durchschnitt lag die Abweichung in den letzten Jahren bei 17 Millionen Franken oder 18,5 Prozent. Entweder war das Absicht oder Unfähigkeit, beides ist nicht gut. Damit schürt man in den Planjahren immer wieder die Hoffnung, dass sich die Situation ändert und die Zahlen doch noch aufgehen. In der Realität sieht es aber wieder anders aus. Das Problem liegt darin, dass wir die Gesetzesrevisionen auf die AFP-Planung abstimmen müssen. Sonst kommt es zu einem Abbau der Leistungen, beispielsweise bei der Prämienverbilligung. Mit dieser Fehlkalkulation verhindert die Regierung eine langfristige Planung und eine Anpassung der Steuergesetzgebung.

Urban Frye: Die in der Antwort aufgeführten Zahlen bilden eine gute Diskussionsgrundlage. Man hört immer wieder, dass mit einer Senkung der Unternehmenssteuer die Steuereinnahmen sinken. Mit Sicherheit kann das aber niemand vorhersagen. Ronald Reagan hat ebenso die Steuern gesenkt, wie es Finanzdirektor Marcel Schwerzmann getan hat. Die Steuersenkung war aber kein Erfolg. Sein Nachfolger, George Bush, sprach damals von „Voodoo-Ökonomie“. Der Kanton Luzern müsste genau davon wegkommen und eine seriösere Volkswirtschaft betreiben und die Steuereinnahmen eher pessimistisch planen, wie das beispielsweise auch der Bund tut. Einen Gewinn erzielen in der Regel aber immer die Städte. Diese investieren in die Infrastruktur und in die Lebensqualität und verbannen den Verkehr aus der Stadt. Genau vor einer Woche hat unser Rat aber mit der Zustimmung zur Spange Nord genau das Gegenteil getan. Es wäre an der Zeit, dass die Regierung, aber auch die bürgerliche Ratsmehrheit auch solche Überlegungen in ihr Handeln mit einbeziehen.

Armin Hartmann: Ich muss die Regierung in Schutz nehmen. Im Vergleich zum Volumen sind die Abweichungen klein, und es ist kein systematischer Fehler erkennbar. Eine Abweichung nach unten hat Auswirkungen über mehrere Jahre hinweg. Die Situation hat sich aber auch schon anders präsentiert, nämlich vor etwa sechs Jahren, als noch grosse Überschüsse erzielt wurden. Unser Rat verabschiedet das Budget. Wenn die Linken immer alles besser wissen, können sie Anträge stellen, um die budgetierten Erträge zu senken. Es ist einfach, im Nachhinein immer alles zu wissen. Wir können keine Fehler der Regierung erkennen, weder aus Unwissen noch aus strategischen Überlegungen. Ich finde auch nicht, dass die Gemeinden besser budgetieren als der Kanton. Grundsätzlich geht es darum, ein möglichst genaues Budget zu erstellen und nicht ein möglichst defensives.

Damian Hunkeler: Mit einer Abweichung von minus 2,8 bis plus 2,5 Prozent budgetiert der Kanton sehr genau. In den letzten Jahren hat der Kanton mit einer sehr hohen Präzision budgetiert; daraus der Regierung einen Vorwurf machen zu wollen und Absicht zu

unterstellen, ist lächerlich. Bei einer zu tiefen Budgetierung wäre hingegen der Ruf laut geworden, das sei nur deshalb passiert, damit der Kanton keine Ausgaben tätigen könne.

Michael Ledergerber: In der Antwort des Regierungsrates interessieren vor allem die Zahlen der juristischen Personen, denn dort liegen die Abweichungen der budgetierten Zahlen zur Rechnung nicht nur zwischen minus 2,8 bis plus 2,5 Prozent, sondern zwischen minus 8 bis minus 17 Prozent. In absoluten Beträgen sind das in den letzten sieben Jahren Abweichungen von gegen 80 Millionen Franken. Diese Zahlen lassen aufhorchen, denn seit mehr als sieben Jahren hören wir von der Regierung, dass sich die Situation verbessern wird und der Turnaround geschafft ist. Die verschiedenen Zusammenstellungen in der vorliegenden Antwort des Regierungsrates zeigen ein anderes Bild. Bei den juristischen Personen sind wir noch immer 24 Millionen Franken unter den Einnahmen von 2011, also vor der Halbierung der Unternehmenssteuer. Obwohl 2017 ein sehr gutes Börsenjahr war, sind die Steuereinnahmen 2 Millionen Franken geringer als im Jahr 2016. Bei der Frage 3 geht es um das budgetierte und effektive jährliche Steuerwachstum. Laut Antwort findet bei den juristischen Personen kein Steuerwachstum statt – das Gegenteil ist aber der Fall. Die Aufgaben- und Finanzpläne der letzten Jahre mussten durchwegs nach unten korrigiert werden. Die Regierung beantwortet die Fragen ausführlich und verständlich und erklärt die Gründe, weshalb es zu diesen Abweichungen kommt. Bei den juristischen Personen sei es schwierig, da diese grösseren Schwankungen ausgesetzt seien und die Steuerbasis sehr volatil sei. Steuergesetzänderungen und Anpassungen beim Steuerfuss seien weitere Gründe. In den Antworten der Regierung vermisse ich die kritische Auseinandersetzung mit der Strategie. Nur immer Aussenfaktoren als Gründe zu nennen, greift zu kurz. In keiner Antwort steht, dass es nicht gelungen sei, Unternehmen anzusiedeln, die eine nachhaltige Wertschöpfung in den Kanton bringen. Doch genau auf dieser Idee basiert der eingeschlagene Weg. Gemäss dieser bürgerlichen Idee wird budgetiert und der AFP erstellt. Die Antwort des Regierungsrates und die Vergleiche der aufgelisteten Zahlen zeigen eines ganz klar: Die seit 2011 verfolgte Strategie geht nicht auf. Gewinner sind all jene, die weniger Staat und mehr Markt fordern. Das Gemeinschaftsgefühl und die Solidarität bleiben auf der Strecke. Dafür bezahlen muss die Luzerner Bevölkerung, deshalb ist es an der Zeit, selbstkritisch zu sein und umzudenken.

Urs Brücker: Die bisherigen Voten haben nicht viel Neues zu Tage gebracht. Ich bin froh über die Antwort des Regierungsrates, darin wird die Entwicklung der letzten Jahre aufgezeigt. Die budgetierten Zahlen werden sehr genau eingehalten.

Erich Leuenberger: Seit mittlerweile 20 Jahren übe ich das Amt des Gemeindeammans aus; ich wäre froh, immer solche Punktlandungen wie der Kanton erzielen zu können. In unserer Gemeinde ist es aber glücklicherweise immer zu einem Überschuss gekommen. Durch die Unternehmenssteuerreform mussten wir unsere Steuern anheben. Ich verstehe aber die Forderungen der Linken nicht. Bei einem solchen Gesamtumsatz, wie ihn der Kanton hat, handelt es sich um hervorragende Zahlen. Schlussendlich bestimmt unser Rat die Finanzpolitik und verabschiedet das Budget. Eigentlich sollten wir uns über das Ergebnis freuen, unser Kanton ist gut unterwegs.

Giorgio Pardini: Niemand stellt die Punktlandung des Budgets infrage. Es geht darum, dass die Planzahlen bei den juristischen Personen nicht stimmen. Die Planzahlen sind für die Einnahmen und Ausgaben massgebend. Stimmen die Planzahlen aber nicht, muss gespart werden, so wie es die letzten Jahre in unserem Kanton der Fall war. Deshalb ist es wichtig, über die Planzahlen zu diskutieren.

Patrick Hauser: Die linke Seite scheint einige Tatsachen auszublenden. In den letzten Jahren wurde die Wirtschaft arg strapaziert, unter anderem etwa durch die Eurokrise. Die Wirtschaft wurde so stark strapaziert, dass in den Betrieben zusätzliche Massnahmen nötig waren, die auch von den Mitarbeitenden mitgetragen werden mussten. Es liegt deshalb auf der Hand, dass diese Situation auch Auswirkungen auf die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen zur Folge hatte. Die Aussage, dass die Planzahlen nicht stimmen, tönt für mich nach Planwirtschaft. Es ist aber hinlänglich bekannt, dass die Planwirtschaft nicht funktioniert. Der Kanton hat in den vergangenen sieben Jahren sehr genau budgetiert,

deshalb verstehe ich die Kritik der Linken nicht.

Monique Frey: Die Bürgerlichen scheinen eine rosarote Brille zu tragen, wenn es um die Steuerabweichungen bei den juristischen Personen geht. Als unser Rat diese Steuersenkung beschlossen hat, haben wir uns mitten in einer Wirtschaftskrise befunden. In den USA gingen damals die grossen Kreditunternehmen Konkurs. Wir sollten in Zukunft weniger ideologisch budgetieren, aber mit offenem Blick auf die Einflüsse der globalen Wirtschaft. Wir können nicht davon ausgehen, dass die natürlichen Personen die Steuerausfälle bei den juristischen Personen einfach tragen, denn das wird in naher Zukunft zu einem grossen Problem führen. Wir müssen eine Politik betreiben, die sich an die Verfassung hält. In den letzten fünf Jahren war das nicht der Fall. Wir müssen auch sorgfältig budgetieren, wenn wir in Zukunft über Steuererhöhungen oder Steuergesetzänderungen diskutieren. Wir können nicht einfach so weitermachen. Auch die juristischen Personen müssen ihren Beitrag leisten, denn auch sie sind auf ein gut ausgebautes Bildungssystem und ein attraktives öV-Angebot angewiesen.

Giorgio Pardini: Beim AFP handelt es sich um ein Planungsinstrument, und ich gehe davon aus, dass jedes Unternehmen über mehrere Jahre hinweg plant. Eine Wirtschaftskrise kündigt sich an und kommt nicht einfach über Nacht.

Gaudenz Zemp: Wir diskutieren schon länger darüber, ob unsere Steuerstrategie erfolgreich ist oder nicht. Im Auftrag des Gewerbeverbands hat die Hochschule Luzern eine Analyse zu diesem Thema erstellt. Die Resultate liegen vor, ich werde diese morgen der „Luzerner Zeitung“ präsentieren. Eine Aussage in der Analyse lautet, dass der Kanton Luzern bezüglich Stellenwachstum weit überdurchschnittlich erfolgreich war. Mich stört es, dass die linke Seite immer wieder die Bevölkerung und die Wirtschaft auseinanderdividiert, obwohl beide zueinander gehören. Auch ich würde höhere Gewinne bei den Unternehmen vorziehen, im Moment scheint dies aber einfach nicht möglich zu sein. In dieser schwierigen Zeit wurden jedoch bei den Unternehmen nicht einfach Löhne gekürzt, denn die Steuererträge bei den natürlichen Personen sind gewachsen. Ich ziehe es vor, dass die Unternehmen keine Lohnkürzungen vornehmen, dafür aber weniger Gewinn erzielen.

Yvonne Hunkeler: Es nützt nichts, wenn wir uns gegenseitig die Schuld zuschieben. Jetzt ist es an der Zeit, die Wahrheit zu akzeptieren. Der Kanton Luzern hat nicht nur ein Ausgabenproblem, sondern auch ein Einnahmenproblem. Deshalb müssen auf beiden Seiten Massnahmen getroffen werden, sowohl bei den Ausgaben wie auch bei den Einnahmen.

Urban Frye: Ich habe mich schon etwas darüber gewundert, dass Donald Trump an den minderen Steuereinnahmen im Kanton Luzern schuld sein soll. Jetzt geht es um die Frage, warum der Kanton Luzern so schlecht unterwegs ist, denn die Eurokrise hat alle betroffen, nicht nur uns. Zudem stellt sich die Frage, ob das Stellenwachstum im Kanton Luzern tatsächlich in Zusammenhang mit den tiefen Unternehmenssteuern steht.

Guido Müller: Leider geht bei der ganzen Diskussion vergessen, auch einmal die positiven Zahlen darzulegen. Die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen sind trotz Steuersenkungen zwischen 2011 und 2017 um 200 Millionen Franken gestiegen. Zählt man all die gewährten Entlastungen noch hinzu, sieht das Bild noch viel besser aus. Der Steuerertrag der juristischen Personen beruht auf Gewinn, deshalb sollten wir froh sein, dass es Unternehmen gibt, die einen Gewinn erzielen und daher auch Steuern bezahlen können. Die Linken wollen aber die Ausgaben bereits jetzt wieder so ausweiten, dass die Einnahmen gar nicht ausreichen können. Der Kanton Luzern betreibt eine gesunde Finanzpolitik. Galt er früher noch als Steuerhölle, konnte er sich auf die andere Seite der Skala bewegen. Es handelt sich hier also um eine Erfolgsgeschichte, die nicht immer schlechtgeredet werden sollte.

Räto B. Camenisch: Urban Frye verweist immer wieder auf die amerikanische Politik. Er sollte deshalb nicht vergessen, das Zitat „Read from my lips: no new taxes“ von George Bush sen. zu erwähnen. George Bush sen. hat die Steuern trotzdem erhöht und wurde abgewählt.

Hans Stutz: Guido Müller hat auf die positiven Seiten der Steuerstrategie verwiesen,

nämlich den Anstieg der Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen. Der Anspruch war aber ein anderer: Eigentlich sollte der Ertrag bei den Unternehmenssteuern steigen, was aber nicht eingetroffen ist. Der Anteil der Unternehmenssteuern an den Staatssteuern ist von etwa 15 Prozent auf unter 10 Prozent gesunken. Es hat also eine Umverteilung zu Ungunsten der Privaten stattgefunden. Die Sparmassnahmen haben ebenfalls einen grossen Teil der Privaten getroffen. Was daran positiv sein soll, ist mir schleierhaft.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich verzichte darauf, nochmals auf die in der Antwort aufgeführten Zahlen einzugehen, sie stammen alle aus den Jahresrechnungen und aus dem Budget. Es wurde gefragt, was die Besonderheiten bei der Budgetierung des Kantons sind. In dem von uns gemeinsam verabschiedeten Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen (FLG) wird die periodengerechte Verbuchung festgelegt. Diese Art der Verbuchung kann zu Schwankungen führen. Wir versuchen aber auf jeden Fall, sehr präzise zu budgetieren. Wir verfügen auch über keinen Fonds, den wir vor der Abrechnung speisen, um notfalls darauf zurückgreifen zu können. Verschiedene Kantone und Gemeinden arbeiten mit einem solchen Fonds. Wir wollen aber die effektiven Zahlen präsentieren, damit Ihr Rat sich aufgrund dieser Zahlen seine Meinung bilden kann. In einigen Voten wurde auf die amerikanische Politik verwiesen. Ich habe nie gesagt, dass Donald Trump etwas mit unserer Steuerpolitik zu tun hat, sondern das war ein überspitzter Tweet aus SP-Kreisen. Aber wenn Amerika eine Steuergesetzesrevision vornimmt, hat das grosse Auswirkungen auf Europa und Asien. Es gibt Firmen mit einem Hauptsitz in Amerika und mit Sitzen in Europa. Wenn diese Firmen ihre Gewinne, Umsätze oder sogar ihre Sitze nach Amerika zurückverlagern, hat das dramatische Folgen für Europa und Asien. Die Laffer-Kurve ist mir selbstverständlich bekannt. Sie hat einen Scheitelpunkt, senkt man die Steuern zu fest, kommt es zu weniger Einnahmen. Das gilt aber auch für Joghurt, Zahnbürsten und Handys. Es ist schwierig, diesen Scheitelpunkt zu berechnen, vor allem in einer so kleinen Volkswirtschaft wie dem Kanton Luzern. Daher wenden wir diese Methode auch nicht an. Wie budgetieren wir? Auf Verwaltungsstufe finden mit der Dienststelle Finanzen, der Dienststelle Steuern und Lustat mehrere Sitzungen statt. Dabei werden auch die volkswirtschaftlichen Daten berücksichtigt. Daraus entstehen sachliche, nach bestem Wissen und Gewissen ausgearbeitete Zahlen. Es handelt sich also um keine politisch festgesetzten Zahlen. Ich bitte Sie, auch die Steuerzuwächse bei den natürlichen Personen zu berücksichtigen. Die Unternehmen bezahlen Löhne, die schlussendlich wieder versteuert werden. Es gilt also das ganze Bild zu betrachten, uns interessieren die Gesamteinnahmen. Wir werden auch in Zukunft nach bestem Wissen und Gewissen budgetieren. Alle jene, die das angezweifelt haben, fordere ich auf, mir vor der Medienkonferenz zum Budget ihre Prognose abzugeben. Anlässlich der WAK-Sitzung können wir über diese Prognosen diskutieren, und es liegt an Ihnen, einen anderen Antrag zu stellen. Ich habe dieses Angebot bereits vor ein paar Jahren gemacht, aber keine einzige Reaktion darauf erhalten. Eine Abweichung von 2 Prozent ist sehr gut, was mir auch von Industriebetrieben immer wieder bestätigt wird. Viele Industriebetriebe wären froh, sie könnten den Umsatz auf 2 Prozent genau schätzen.